



NEWSLETTER 11/2018

FORUM | MIGRATION

Foto: © kvärner – Fotolia.com



Fällt die Vorrangprüfung?

Nach vielen Jahren der Diskussion soll nun ein „Fachkräfte-Einwanderungsgesetz“ genanntes Zuwanderungsgesetz kommen. Über die Details wird weiter gestritten.

Die SPD hatte gefordert, abgelehnten Asylbewerber_innen, die gut integriert sind sowie einer Arbeit nachgehen und gute Sprachkenntnisse haben, die Möglichkeit eines „Spurwechsels“ vom Asyl- in das Einwanderungsverfahren zu eröffnen. Dieser Begriff findet sich in den Eckpunkten nicht, dafür folgende Formulierung: „Am Grundsatz der Trennung von Asyl und Erwerbsmigration halten wir fest. Wir werden im Aufenthaltsrecht klare Kriterien für einen verlässlichen Status Geduldeter definieren, die durch ihre Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt sichern und gut integriert sind.“ Der DGB hatte sich mehrfach für eine solche Regelung ausgesprochen (siehe FM 10/8). Allerdings: Wer abgelehnt wird und abgeschoben werden kann, für den dürfte sich nichts ändern. Denn in der Regel können Geduldete nur dann, wenn eine Abschiebung gar nicht möglich ist, eine Arbeitserlaubnis bekommen. Nur wenn diese erteilt wird, könnte künftig eine Aufenthaltsverfestigung beantragt werden.

Im Blick hat die Koalition vor allem ausgebildete Fachkräfte. Sie sollen leichter nach Deutschland kommen können. Für studierte Fachleute waren die Hürden in der Vergangenheit bereits verringert worden. Wenn ein Arbeitsvertrag unterschrieben ist, sollen künftig auch Fachkräfte mit qualifizierter Berufsausbildung nun auch „in allen Berufen, zu denen die erworbene Qualifikation befähigt“, in Deutschland arbeiten können. Die bisherige Beschränkung auf Berufe, in denen die Bundesagentur für Arbeit (BA) Engpässe festgestellt hat, fällt damit weg. Auch auf die Prüfung, ob nicht eine einheimische Jobbewerber_in Vorrang hätte, wird verzichtet. Es soll aber möglich sein, diese Prüfung zum Schutz einheimischer Arbeitnehmer_innen wieder einzuführen, etwa dort, wo hohe Arbeitslosigkeit herrscht oder als temporäre Regelung, etwa bei einer Rezession. Kritik kam vom DGB: „Die Beschränkung auf Engpassberufe ersatzlos abzuschaffen, halten wir für falsch“, sagt Annelie Buntentbach, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbund dem Freitag. „Stattdessen sollten die Sozialpartner die besonderen Bedingungen in den einzelnen Branchen bewerten. Auf Grundlage dieser Bewertung sollten Arbeitskräfte aus Drittstaaten zugelassen werden.“

INHALT 11/2018

Fällt die Vorrangprüfung?	1
Ein Fall für den Spurwechsel	2
Erst einreisen, dann anerkennen	2
Anerkennungs-News	2
Integration: Die meisten sehen weiter gutes Klima	3
Rumänien: Regierung will Fachkräfte zurückholen	3
Wen wählen Migrant_innen?	3
News + Termine	4
Epochenthema Migration: Die Mosaik-Linke in der Zerreißprobe? – Kommentar von Hans-Jürgen Urban, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall	5



Porträt Anerkennung: Ghulam Rasool, Kfz-Mechaniker

Ein Fall für den Spurwechsel

Das Diplom ist vom Bildungsminister Ghulam Farooq Wardak persönlich unterschrieben, so ist es in Afghanistan üblich. Zwei Jahre hatte Ghulam Rasool, heute 21, am Kabul Auto Mechanical Institute gelernt, 2014 machte er dort seinen Abschluss im Fachbereich „Machinery and Technology“. Dazu arbeitete er in Werkstätten, „vor allem Autoglas“. Rasool ist also Kfz-Mechaniker, würde man hierzulande sagen. Kann er genau dasselbe, wie ein hier ausgebildeter Kfz-Mechaniker? Für den jungen Mann ist diese Frage von entscheidender Bedeutung.

Rasool stammt aus Daikondi in Zentral-Afghanistan, einer Region, in der vor allem die schiitische, farsi-sprachige Minderheit der Hazara lebt. Viele junge Männer gehen von dort fort. Rasool arbeitete zunächst in Kabul als Drucker, dann besuchte er die Automechaniker-Schule, doch auch dort sah er keine Perspektive für sich. 2016 kam er in Deutschland an. Er wurde in Flüchtlingsunterkünften in Düsseldorf, in Dormagen und in Neuss untergebracht und kam schließlich 2016 nach Kempen am Niederrhein, auf halbem Weg zwischen Duisburg und dem niederländischen Venlo.

Im Januar 2017 beantragte Rasool Asyl, nur drei Monate später kam die Ablehnung. Er klagte dagegen und wartet seither auf die Entscheidung über den Widerspruch. Deutsch lernte er trotzdem. Im November 2018 steht die B1-Prüfung an. Fast zwei Jahre sind seit seiner Ankunft vergangen, und für ihn war klar, dass er hier, in Deutschland, so schnell wie möglich arbeiten will. Seine Qualifikation möchte er hier ergänzen. Er sah sich nach Ausbildungsplätzen um, Ende Oktober bewarb er sich als Zerspanungsmechaniker. Parallel versuchte er, seine Ausbildung im Kfz-Bereich hier nutzbar zu machen: Er suchte die Beratungsstellen des Katholischen Vereins für soziale Dienste und das DGB Bildungswerk auf, er ließ sein Schulzeugnis anerkennen und reichte im Oktober auch den Antrag für die Anerkennung seines Abschlusses ein.

Rasool wäre ein klassischer Fall für die von der Politik nun angedachte Möglichkeit zum „Spurwechsel“. Obwohl die Lage in Afghanistan sich eher zum Schlechteren verändert hat, sind die Anerkennungsquoten für Afghan_innen immer weiter gesunken. Die so genannte Gesamtschutzquote liegt derzeit bei etwa 36 Prozent. Eine begonnene Ausbildung kann eine Möglichkeit sein, trotzdem in Deutschland zu bleiben, auch wenn etwa Bayern zuletzt mehrfach Auszubildende abgeschoben hat. Eine Garantie für ein Bleiberecht gibt es nicht. Das wird sich auch mit dem Spurwechsel nicht ändern, die Wahrscheinlichkeit, bleiben zu können, um hier zu arbeiten, allerdings schon.

Erst einreisen, dann anerkennen

Das neue Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz soll es leichter machen, nach Deutschland zu kommen, um zu arbeiten. Doch noch während der endgültige Gesetzestext beraten wird, warnen viele, die Regelungen könnten zu mutlos ausfallen – und zwar vor allem im Bereich der Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

Die Große Koalition verspricht in ihren Eckpunkten für das Gesetz „schnelle und einfache Anerkennungsverfahren“, die Gleichwertigkeitsprüfung soll künftig „möglichst unkompliziert“ werden. Dazu wollen Union und SPD mit den Ländern das Anerkennungsverfahren zentralisieren, eine „Clearingstelle Anerkennung“ soll entstehen, die Fachkräfte aus dem Ausland durch das Anerkennungsverfahren begleitet. Informationsangebote, vor allem für Interessent_innen sollen ausgebaut werden, regionale Beratungsangebote wie das Programm „Integration durch Qualifizierung“ sollen mehr Geld erhalten. Das Gleiche gilt für den Anerkennungszuschuss – mit diesem können Fachkräfte sich einen Teil der Verfahrenskosten erstatten lassen. Schließlich plant die Große Koalition, dass Fachkräfte aus der IT sowie einiger weiterer Engpassberufe auch dann eine Stelle annehmen dürfen, wenn sie keinen formalen Abschluss, aber „ausgeprägte berufspraktische Kenntnisse“ haben.

Klingt gut, doch in dem nur wenige Abschnitte langen Teil des Eckpunktepapiers zur Anerkennung steht wenig Konkretes. Der Entwurf wird in den nächsten Wochen unter den beteiligten Ministerien abgestimmt. Einer der bislang offenen Punkte ist etwa, ob und welche neuen Institutionen für bundesweit zentral unterstützte Anerkennungsverfahren aufgebaut werden könnten. Offen bleibt auch, ob eventuell sogar Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern in der Anerkennung überprüft werden sollen. Denn bislang ist in der

Regel der Bund für die Durchführung der Bewertung ausländischer Abschlüsse zuständig, es gibt aber eine Reihe von Ausnahmen, wie etwa Erzieher_innen oder Altenpfleger_innen – sie fallen heute in die Kompetenz der Länder. Eine weitere Frage ist, ob außer den IT-Expert_innen und den Fachkräften aus Engpassberufen auch andere Gruppen mit informeller Qualifikation diese künftig leichter anerkennen lassen könnten. Bislang sieht es aber so aus, dass es für diese auch in Zukunft nur Modellprojekte wie Valikom geben wird.

Eine Expertengruppe der Bundesagentur für Arbeit hat derweil konkrete Vorschläge gemacht, um das Anerkennungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Dazu schlägt die Gruppe etwa zentrale Anlauf- und Entscheidungsstellen bei den Ausländerbehörden sowie ein „Integriertes Erwerbsmigrationsmanagement“ vor. Durch die Beteiligung vieler Behörden, unterschiedlicher IT-Systeme und unterschiedlicher Erfahrung der Mitarbeiter_innen gebe es bisher zu viele Reibungsverluste. Anerkennungsverfahren in Deutschland könnten entfallen, wenn im Ausland nach deutschem Standard ausgebildet worden sei. Schließlich könnte, so die Arbeitsgruppe, durch „Partnerschaftsabkommen zur Erwerbsmigration“ ein gesonderter, vereinfachter Zugangsweg für Personen mit definierten Qualifikationen aus bestimmten Herkunftsländern geschaffen werden. Sie sollen kommen dürfen, ohne dass vorher die Gleichwertigkeit der individuellen Qualifikation bescheinigt werden müsste – erst einreisen, dann anerkennen lassen also. Hierzu müssten vorab bestimmte Länder festgelegt werden, deren grundsätzliche Vergleichbarkeit der Ausbildungsstandards systematisch überprüft würden.

 Abschlussbericht Expertengruppe BA zur „Vereinfachung der gezielten Erwerbsmigration“: <https://bit.ly/2Pj68VR>

Anerkennungs-News

Streit um Ärzte-Zulassung geht weiter

In Niedersachsen erhalten immer mehr ausländische Ärzte eine so genannte Berufserlaubnis. Im vergangenen Jahr wurden 962 solcher Berufserlaubnisse und 454 reguläre Approbationen an Ärzte sowie Zahnärzte erteilt, teilte der Niedersächsische Zweckverband zur Approbationserteilung der Deutschen Presse-Agentur mit. Die Berufserlaubnis ist zeitlich befristet und geht in der Regel der staatlichen Zulassung von Medizinern aus Nicht-EU-Ländern voraus. Vorwiegend stammten Antragsteller_innen aus dem arabischen und nordafrikanischen Raum sowie aus Ost- und Südeuropa. Die Tendenz ist steigend: Seit Jahresbeginn wurden bis Anfang Oktober bereits 508 Approbationen und 883 Berufserlaubnisse erteilt, mehr als im Vorjahr. Bundesweit arbeiteten

2017 mehr als 50.800 ausländische Mediziner_innen, mehr als doppelt so viele wie noch 2011. Zugewanderte Ärzt_innen sind häufig in Kliniken in der Provinz beschäftigt. Wer innerhalb der EU ein Medizinstudium absolviert hat oder als Arzt anerkannt wurde, bekommt die Approbation in Deutschland automatisch. Die Präsidentin der Ärztekammer Niedersachsen, Martina Wenker, hatte sich in der Vergangenheit mehrfach dafür starkgemacht, die Hürden für ausländische Ärzte zu erhöhen. Mediziner aus Nicht-EU-Ländern sollten das deutsche Staatsexamen absolvieren, fordert die Kammerchefin. Im Kampf gegen den Ärztemangel sei es keine Lösung, Fachkräfte aus ärmeren Ländern abzuwerben. Vielmehr müsse die Landesregierung sofort 200 zusätzliche Medizinstudienplätze in Niedersachsen schaffen, sagte Wenker.



Integration: Die meisten sehen weiter gutes Klima

Die überwiegende Zahl der Menschen in Deutschland hat ein positives Bild vom Zusammenleben mit Zuwanderern. Das ist das Ergebnis des Integrationsbarometers 2018 des Sachverständigenrates Migration. Der so genannte Integrationsklima-Index (IKI) betrug demnach 63,8 Punkte.

Das ist ein leichter Rückgang: Im Jahr 2015, vor der Ankunft vieler Flüchtlinge, lag der IKI bei 65,4 Punkten. Kaum Unterschiede zwischen diesen Zeiträumen gibt es bei Menschen, die viel Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund haben. Vor allem Menschen ohne Migrationshintergrund, die persönlich kaum oder gar nicht mit kultureller Vielfalt in Kontakt kommen, sehen das Integrationsgeschehen dagegen im Vergleich zu 2015 pessimistischer, so der SVR. Das gilt besonders für den Osten Deutschlands. Zudem sind Männer ins-

gesamt skeptischer als Frauen. Unter anderem haben die Forscher_innen gefragt, wie das Integrationsklima in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen wahrgenommen wird: In der Nachbarschaft, bei den sozialen Beziehungen, in der Bildung und am Arbeitsmarkt. Auf Letzterem wird die Stimmung von Migrant_innen erheblich positiver eingeschätzt, als von Deutschen ohne Migrationshintergrund. Spätaussiedler_innen haben etwa im Schnitt 73,3 Punkte auf einer Skala von 0 (sehr negativ) bis 100 (sehr positiv), Menschen von außerhalb der EU 72,2 Punkte, EU-Bürger_innen 70,7 und türkisch-stämmige Menschen 67,6.

Deutsche ohne Migrationshintergrund schätzen das Integrationsklima auf dem Arbeitsmarkt am schlechtesten ein – sie vergeben im Schnitt nur 65,4 Punkte. Insgesamt liegt der Arbeitsmarkt bei der Einschätzung des Integrationsklimas relativ weit vorn. In den Bereichen

„Bildung“ und „Nachbarschaft“ vergaben die Befragten durchweg niedrigere Werte. Insgesamt aber sieht eine deutliche Mehrheit der Befragten die Erfahrung mit kultureller Vielfalt bzw. mit der Mehrheitsgesellschaft positiv. Erwerbsarbeit ist nach der Befragung sehr wichtig dafür, inwieweit die Gesamtbevölkerung Migrant_innen akzeptiert. Arbeit ist neben Sprachkenntnissen das entscheidende Kriterium der Zugehörigkeit zur Gesellschaft in Deutschland – wichtiger als der Geburtsort, die Religionszugehörigkeit oder die Staatsangehörigkeit. Unter den Dingen, was „wichtig ist, um zur Gesellschaft in Deutschland dazuzugehören“, steht der Arbeitsplatz für alle Gruppen an erster Stelle: 93,3 Prozent aller Befragten mit rund 89,2 Prozent aller Befragten ohne Migrationshintergrund sehen das so.

 Das SVR-Integrationsbarometer 2018:
<https://www.svr-migration.de/barometer>

Rumänien: Regierung will Fachkräfte zurückholen

Die rumänische Regierung will ihre Bemühungen verstärken, Rumänen aus dem Ausland ins Land zurückzuholen. Die sozialdemokratische Ministerin für Rumänen im Ausland, Natalia-Elena Intotero, sagte, sie wolle „dass die Menschen wieder hier arbeiten“. Fachkräfte fehlten insbesondere im Gesundheitswesen. Rückkehrwilligen soll mit Hilfen zur Existenzgründung der Neustart im Heimatland erleichtert werden. Das berichtet die Agentur epd.

Jedes Jahr gehen rund 200.000 Rumän_innen ins Ausland, seit dem Ende der Diktatur 1989 waren es rund zehn Millionen. In dem Land leben heute nur noch knapp 19 Millionen Menschen. Rund vier Millionen

Rumänen haben sich in den Nachbarländern niedergelassen. Die größte Gruppe mit 1,2 Millionen Menschen lebt in Italien, in Deutschland gibt es etwa 700.000 Rumän_innen. Der deutsche Botschafter in Bukarest, Cord Meier-Klodt, nannte die Abwanderung eines der größten Probleme Rumäniens. Der Verlust von gut ausgebildeten und weltoffenen Bevölkerungsgruppen verstärkte zudem die politische Polarisierung im Land.

Der Diakonie-Präsident Ulrich Lillie hat derweil dafür plädiert, Länder, aus denen Fachkräfte nach Deutschland kommen, stärker zu unterstützen. „Wir müssen die enormen sozialen Folgeprobleme sehen, die mit der Freizügigkeit in der EU verbunden sind.“ Länder wie Rumänien mit einem starken Wohlstandsgefälle

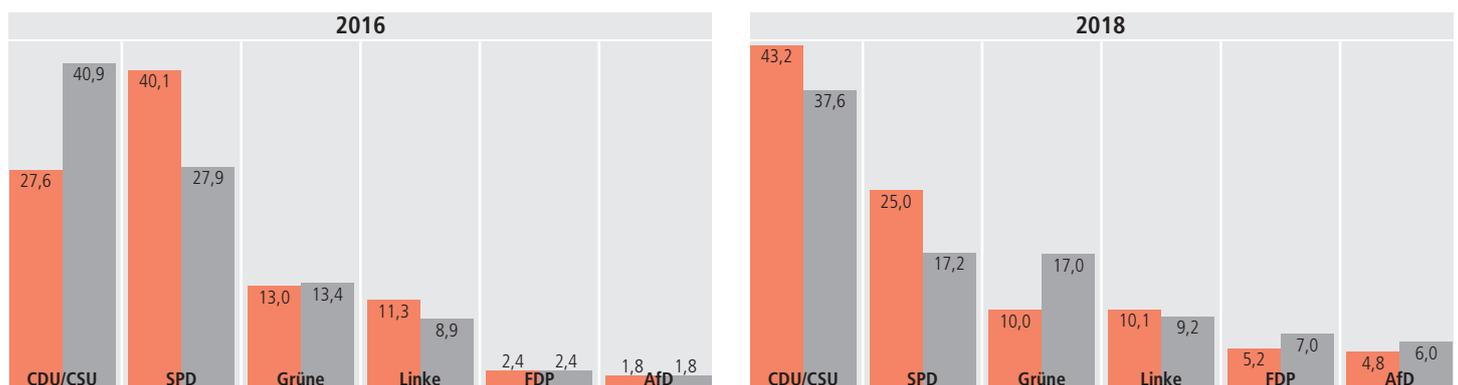
zu Deutschland zahlten „einen sehr hohen Preis dafür, dass unser Fachkräftemangel aus diesen Ländern bedient wird“, so. Er könne verstehen, wenn Rumänen mit einer guten Ausbildung das Land verließen, wenn sie für sich und ihre Kinder keine Perspektive sähen.

Deutschland hatte in der Vergangenheit gezielt in Rumänien Fachkräfte angeworben. Kampagnen wie „Make it in Germany“ sprachen Fachkräfte aus so genannten Mangelberufen wie Techniker_innen oder Pfleger_innen an. Bei den Pflegeberufen war Rumänien nach einem Bericht des Deutschen Ärzteblatts auf Platz 4 der Liste der Länder, in denen die deutschen Pflegebetriebe in den vergangenen drei Jahren am häufigsten Arbeitskräfte gesucht hatten.

Wen wählen Migrant_innen?

Die CDU ist bei Zugewanderten deutlich beliebter geworden

Parteipräferenz in Prozent • ■ = mit Migrationshintergrund • ■ = ohne Migrationshintergrund



 Quelle: SVR Integrationsbarometer 2018



News + Termine

Großdemo: Gewerkschaften bei #unteilbar

Rekordverdächtige 242.000 Menschen kamen nach Angaben der Veranstalter_innen am 13. Oktober 2018 zur #unteilbar-Demo gegen den Rechtsruck nach Berlin. Mit dabei waren auch die Gewerkschaften: Die Auftaktkundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz moderierte Isabell Senff, die Vorsitzende der ver.di-jugend. „Unsere Werte Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Solidarität leiten unser Handeln“, sagte Senff. „Sie sind unverzichtbar für eine menschenwürdige Gesellschaft und einen demokratischen Staat.“ Zu Beginn hielt auch das DGB Vorstandsmitglied Stefan Körzell eine Rede. Zum Abschluss an der Siegesäule sprach unter anderem IG Metall Vorstand Hans Jürgen Urban. Das Grundgefühl, abgehängt zu sein, gehe offensichtlich durch große Teile der Gesellschaft, sagte er. „Ich habe versucht, das Angebot zu machen: Kommt zu uns, zu den Gewerkschaften, zu den Initiativen und den sozialen Bewegungen. Da könnt ihr solidarische Antworten auf eure Probleme gemeinsam mit uns umsetzen.“

 Rede von DGB Vorstand Stefan Körzell bei #unteilbar:
<https://bit.ly/2CtjEiK>

Spätaussiedler: BAMF richtet Referat ein

Seit dem 1. Oktober gibt es im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein eigenes Referat, das ausschließlich für die Integration von Spätaussiedler_innen zuständig ist, wie der Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen, Bernd Fabritius, mitteilte. Damit solle der „besondere Status“ der Spätaussiedler_innen berücksichtigt und „auch nach außen hin sichtbar“ werden. Der Zuzug von Spätaussiedler_innen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern hat nach Angaben des BAMF in den vergangenen Jahren wieder leicht zugenommen. 2017 kamen gut 7.000 Spätaussiedler_innen nach Deutschland.

OECD: Integration läuft umso besser, je früher im Leben Menschen einwandern

Bei den 15- bis 29-Jährigen, die im Ausland auf die Welt gekommen sind, ist jeder Vierte weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung. Bei den in Deutschland geborenen ist es jeder Zehnte. Das geht aus dem neuen OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick 2018“ hervor. Ein Grund dafür könnte der Studie zufolge der hohe Zustrom an jungen Geflüchteten in den vergangenen Jahren sein, da diese sich noch im Integrationsprozess befänden. Allerdings mache es einen deutlichen Unterschied, ob jemand mit 16 Jahren oder später nach Deutschland gekommen ist oder mit spätestens 15 Jahren. Denn wer bei der Ankunft in Deutschland schon älter war, befand sich dreimal häufiger weder in Beschäftigung

noch in Bildung oder Ausbildung als jene, die damals höchstens 15 Jahre alt waren.

 OECD-Bericht: <https://bit.ly/1uw9uUZ>

Neuer Erklärfilm Fair Mobility

Mit dem Projekt „Fair Posting“ baut das DGB Bildungswerk ein transnationales Beratungsnetzwerk für entsandte Beschäftigte in Europa auf. Es besteht aus gewerkschaftlichen und gewerkschaftsnahen Beratungsstellen in den Herkunftsländern Bulgarien, Kroatien und Slowenien sowie in dem Zielland Deutschland. Jetzt hat das Projekt einen kurzen Erklärfilm in acht Sprachen herausgebracht, um mobile Beschäftigte über ihre Rechte aufzuklären.

 Filme: <https://bit.ly/2CXWMJe>
 Weitere Infos: www.fair-labour-mobility.eu

Auch Saarland eröffnet Ankerzentrum

Die Landesaufnahmestelle für Asylbewerber im saarländischen Lebach nennt sich seit Anfang Oktober „Ankerzentrum“. Das haben das Bundes- und das saarländische Landesinnenministerium vereinbart. Die Landesaufnahmestelle habe „Vorbildcharakter“, sagte der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans (CDU), sie solle nun „weiter optimiert“ werden. Unter anderem soll die Präsenz der Bundespolizei verstärkt werden. In Bayern waren zuvor im Sommer mehrere „Ankerzentrum“ genannte Asyl- und Abschiebezentren in Betrieb gegangen. Auch Sachsen hat ein solches Zentrum in Dresden eingerichtet. Die politisch umstrittenen Einrichtungen sollen vor allem die Abschiebung beschleunigen.

Visegrad-Staaten: Gewerkschaften kritisieren Klage zur Entsenderichtlinie

Gewerkschafter_innen aus Polen, Tschechien und Ungarn haben sich gegen eine Klage der Regierungen von Ungarn und Polen zur Entsenderichtlinie gestellt. Die beiden Länder wollen die Reform der Richtlinie vom Europäischen Gerichtshof stoppen lassen. Die im Juli 2018 in Kraft getretenen Änderungen sollen Sozialdumping verhindern und zwingen ihre Arbeitgeber_innen den Mindestlohn des Landes zu zahlen, in dem die Arbeit verrichtet wird. Ungarns Fidesz-Regierung nannte die Reformen „ein Instrument des Protektionismus“, von einem „protektionistischen Charakter“ sprach auch Polens stellvertretender Außenminister Konrad Szymanski. „Wir bekunden auch unsere tiefe Ablehnung der jüngsten Beschwerde der polnischen und der ungarischen Regierung“; heißt es nun in einer Erklärung der Gewerkschaften, die auch vom europäischen Dachverband ETUC unterstützt werden. Die Reform sei ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu „gleichem Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“.

 <https://bit.ly/2CsZi9m>

Großbritannien soll nach hartem Brexit Hürden für EU-Migration erhöhen

Arbeitnehmer_innen aus der EU müssen sich möglicherweise auf Schwierigkeiten bei einer Einwanderung nach Großbritannien einstellen: Sie sollten nach dem Brexit denselben Bedingungen unterliegen wie Migrant_innen von außerhalb der Europäischen Union. Das jedenfalls empfiehlt eine von der britischen Regierung in Auftrag gegebene Studie des Beratungskomitees für Migration. Fachkräften müsse der Zugang zum Vereinigten Königreich erleichtert, Geringqualifizierten dagegen erschwert werden. Entscheidend für die Einwanderung seien Faktoren wie Alter und berufliche Fähigkeiten, aber nicht die Nationalität, heißt es in dem Bericht. Die oppositionelle Labour-Partei begrüßte den Bericht, da er das „Ende der Diskriminierung“ von Nicht-EU-Migranten bedeute. In Großbritannien leben ungefähr 3,2 Millionen EU-Bürger_innen.

EU-Beamte kontrollieren Migrant_innen künftig auch in Albanien

Die EU hat mit Albanien eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit mit ihrer Grenz- und Küstenschutzbehörde Frontex unterzeichnet. Sie ermöglicht die Zusammenarbeit bei der „Bekämpfung der irregulären Migration“ und der grenzüberschreitenden Kriminalität, heißt es in einer Mitteilung der EU. Mit Zustimmung des Landes seien künftig auch Einsätze bewaffneter EU-Grenzschützer „auf albanischem Hoheitsgebiet“ möglich. Dem Abkommen muss noch das EU-Parlament zustimmen. Die Vereinbarung sei „die erste dieser Art“ und ein „Meilenstein in der externen Zusammenarbeit der EU im Bereich Grenzmanagement“, sagte EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos.

Termine

Workshop „Keine Panik vor Dynamik“

8. November 2018

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Düsseldorf

Mentor_innentraining (BUND II)

16. bis 17. November 2018

Veranstaltungsort: DGB Bildungszentrum Besenbinderhof, Hamburg

MENTO-Basisqualifizierung. Kollegiale_r Ansprechpartner_in für Grundbildung und Alphabetisierung werden (Baden-Württemberg und Bayern)

24. bis 26. Januar 2019

Veranstaltungsort: Gewerkschaftshaus Ulm

 Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:
<http://bit.ly/1Jv9okq>



Epochenthema Migration: Die Mosaik-Linke in der Zerreißprobe?



© Foto: IG Metall

Kommentar von Hans-Jürgen Urban, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Im Übergang vom nationalen Wohlfahrtsstaats- zum globalisierten Finanzmarktkapitalismus geriet die Linke zunehmend unter die Räder. Die Idee der so genannten Mosaik-Linken will sich mit dieser Konstellation nicht abfinden. Sie versucht Akteur_innen, die ein kapitalismuskritischer Grundimpuls und das Interesse an gesellschaftlichen Transformationsstrategien verbinden, zu einem gemeinsam handelnden Subjekt zusammenzuführen. Es war diese Bereitschaft, im Interesse neuer Handlungsfähigkeit kontroverse Diskurse in einem Klima wechselseitiger Anerkennung auszutragen, die mitunter gar so etwas wie Aufbruchstimmung aufkommen ließ: Das galt etwa für Protestbewegungen gegen TTIP, Ceta oder die Einrichtung institutioneller Orte linker Debatten wie das Institut Solidarische Moderne.

Eigentlich müssten Themen wie Flucht und Migration sowie das Engagement gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck eine solche bndnispolitische Zusammenführung beflügeln. Internationalismus und Antifaschismus waren für die Linke stets identitätsstiftend. Und dass der menschenrechtswidrigen Migrationspolitik der Regierungskoalition eine linke Alternative entgegengesetzt werden muss, trifft bis in die gesellschaftliche Mitte auf Zustimmung. Entsprechend selbstbewusst und mit Rückenwind müssten sich die Linke in Stellung bringen können.

Doch gegenwärtig sieht es nicht danach aus, als würde die Linke diese Bewährungsprobe bestehen.

In der gesellschaftlichen Linken entfaltet die Migrationsfrage offenbar geringe Konsens-, aber hohe Spaltungskraft. Die Mosaik-Linke droht am Epochenthema Migration zu zerschellen, noch bevor sie sich konstituiert hat. Soll die Perspektive auf eine mosaiklinke Kraft gewahrt werden, sind daher die Suche nach konsensfähigen Essentials linker Migrationspolitik und die Verständigung auf eine neue Diskurskultur unverzichtbar.

Ursachen für Migrations- und Fluchtbewegungen liegen in Kriegen, politischen Diktaturen sowie ethnischen und religiösen Kämpfen. Aber die Tiefenstruktur der meisten Konflikte ist in weltgesellschaftlichen Verhältnissen zu suchen, die durch eine obszne und sich weiter verschärfende Ungleichverteilung von Einkommen, Vermögen und allgemeinen Lebenschancen geprägt sind. Offenbar wollen mehr Menschen als bisher ihr Recht auf ein gutes Leben, das ihnen im Herkunftsland verweigert wird, in den Wohlstandszonen der Welt verwirklichen. Aus der Menschenrechtsperspektive sollte jedoch nicht eine vermeintliche Migrationsflut die Gesellschaft aufwühlen, sondern die Frage, was mit den Menschen geschieht, die es nicht mehr in eine sich immer aggressiver abschottende Festung Europa schaffen. Doch der Rechtspopulismus der Mitte, der aus der bayerischen CSU mit stiller Sympathie in Reihen der CDU betrieben wird, ist eine bewusste politisch-kulturelle Entgleisung, die in der Nachkriegsgeschichte ihresgleichen sucht.

Klassenpolitische Fundierung linker Migrationspolitik bedeutet demgegenüber mehr, als die soziale Frage zu stellen und sich für mehr sozialstaatliche Leistungen auszusprechen. Klassenpolitik beruht auf der Ambition, Menschen in gemeinsamer Lage und mit ähnlichen Problemen zu solidarischen Praxen zu ermächtigen. Sie adressiert aber das Gros der Geflüchteten zugleich als Mitglieder einer globalen Klasse von abhängig Arbeitenden und Lebenden. Und diese sollten nach Gemeinsamkeiten in Lebens- und Interessenlagen als Grundlagen solidarischer Politiken fahnden. Vor allem die Gewerkschaften sind hier gefordert. Unter Anerkennung kultureller Differenzen müssen einladende Angebote zur Teilnahme an gewerkschaftlichen Kämpfen formuliert werden.

Nicht minder wichtig sind Brücken in die gesellschaftlichen Felder, die für die Sozialintegration der Geflüchteten unverzichtbar sind. Das gilt für Arbeitsmärkte wie für die Systeme der Bildung und der sozialen Sicherheit. Hier sind ausgeweitete Investitionen in die soziale Infrastruktur auf kommunaler Ebene unverzichtbar. Auch hier setzt die materielle Anerkennung der Geflüchteten und die Entschärfung von Verteilungskonflikten unter Leistungsbeziehern –

gleich welcher Nationalität und ethnischer Herkunft – Korrekturen der Wertschpfungsverteilung voraus.

Vierorts wird wieder kritisch nach der Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus gefragt. In der Migrationsdebatte kaum. Dabei spricht vieles dafür, dass nachhaltige Erfolge gegen den rechtspopulistischen Autoritarismus und für ein gutes Leben von Flüchtlingen und Einheimischen in den Strukturen des Gegenwartskapitalismus kaum zu realisieren sind. Trifft diese Einschätzung zu, muss die Debatte über eine mosaiklinke Migrationspolitik um die Perspektiven einer postkapitalistischen Gesellschaft erweitert werden: Postkapitalistische Transformation als Bedingung der Möglichkeit umfassender Solidarität. Um gute Antworten auf die damit verbundenen Fragen sollte der Streit in der Linken geführt werden; und zwar selbstkritisch, argumentativ und solidarisch. Als Mosaik-Linke eben.

 Dieser Text ist die gekürzte Fassung eines Essays, der zuerst in den Blättern für deutsche und internationale Politik 9/2018 erschien.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dlken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM

